

SPERRFRIST: Donnerstag, 18. Dezember 2025, 08.00 Uhr

MEDIENINFORMATION

Gemeinsamer Standort für das VSZ OW/NW wird nicht weiterverfolgt

Eine gemeinsame, interkantonale Arbeitsgruppe hat in den letzten Monaten geprüft, ob ein gemeinsamer Standort für ein Verkehrssicherheitszentrum, insbesondere die Schaffung einer gemeinsamen Infrastruktur für Fahrzeugprüfungen, im Kanton Obwalden eine sinnvolle Zukunftsvariante wäre. Eine umfassende, ergebnisoffene Prüfung sämtlicher Varianten liegt nun vor. Die Regierung des Kantons Nidwalden hat aufgrund der Erkenntnisse entschieden, das Verkehrssicherheitszentrum (VSZ) weiterhin am Standort Stans zu betreiben und dort zu erneuern. Der Kanton Obwalden hätte einen gemeinsamen Standort für das VSZ in Sarnen begrüsst. Er wird seine Planung für einen eigenen VSZ-Standort im Kanton Obwalden sorgfältig und zielgerichtet weiterführen.

Eigener Standort mit hohem Nutzen für Bevölkerung und Gewerbe im Vordergrund

«Wir haben alle Varianten gemeinsam ergebnisoffen und sorgfältig geprüft – entscheidend war, welche Lösung für beide Kantone, die VSZ-Betriebe, die Bevölkerung und das Gewerbe den grössten Nutzen bietet», sagt Karin Kayser-Frutschi, Justiz- und Sicherheitsdirektorin des Kantons Nidwalden. In der interkantonalen Arbeitsgruppe wurden organisatorische, rechtliche, finanzielle und betriebliche Aspekte detailliert und sehr sorgfältig analysiert.

Für den Kanton Nidwalden überwiegen die Vorteile eines eigenen Verkehrssicherheitszentrums

«Die detaillierten Abklärungen geben uns eine solide Basis für einen Entscheid. Wir wissen jetzt verlässlich, welche Auswirkungen jede Variante hätte», betont Regierungsrätin Karin Kayser-Frutschi. Die Ergebnisse zeigen: Ein gemeinsamer Standort in Sarnen wäre mit 0.7 Millionen Franken tieferen Betriebskosten günstiger und hätte gesamthaft 10 Millionen Franken weniger Investitionskosten zur Folge. Ebenso wären die Betriebsabläufe effizienter. Der Prüfauftrag zu den beiden Standortvarianten umfasste neben monetären und betrieblichen Aspekten auch gesellschaftliche Faktoren. In Bezug auf die gesellschaftlichen Auswirkungen

überwiegen für den Kanton die Nachteile eines gemeinsamen Standorts. Längere Wege für die Bevölkerung, der Verlust der regionalen Präsenz im Kanton sprechen gegen eine Zusammenlegung. Auch die Argumente der Interessengemeinschaft (IG) VSZ Prüfzentrum Nidwalden wurden berücksichtigt. «Der zusätzliche Verkehr fällt um einiges geringer aus als behauptet – aber er bleibt relevant. Mit einem eigenen Standort stellen wir sicher, dass die Wege kurz bleiben», erklärt Karin Kayser-Frutschi.

Der Kanton Obwalden bedauert, dass das gemeinsame Projekt nicht mehr weitergeführt wird

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden hätte die Zusammenlegung des VSZ an einem Standort in Obwalden begrüsst. Er bedauert den Entscheid des Nachbarkantons, das gemeinsame Projekt nicht weiterzuführen. Im Bewusstsein, dass eine Zusammenlegung am Standort in Sarnen für Kundinnen und Kunden aus dem Kanton Nidwalden und aus der Gemeinde Engelberg (OW) teils längere Anfahrtswege bedeutet hätte, hat der Regierungsrat die finanziellen Vorteile und Synergien höher gewichtet als der Nachbarkanton. Er hat aber Verständnis, dass Nidwalden aufgrund der Vor- und Nachteile zu einer anderen Schlussfolgerung kommt. «Da in beiden Kantonen für das VSZ Neubauten anstehen, wäre jetzt der ideale Zeitpunkt und die einmalige Gelegenheit für einen gemeinsamen Neubau an einem Standort. Der Regierungsrat hätte es begrüsst, diese Chance für beide Kantone zu nutzen», erklärt Regierungsrat Christoph Amstad, Vorsteher des Sicherheits- und Sozialdepartements des Kantons Obwalden.

Entscheid des Nachbarkantons wird respektiert

«Wir respektieren den Entscheid des Nachbarkantons und schauen nun vorwärts. Mit dem Entscheid besteht jetzt Klarheit über die Ausgestaltung des künftigen VSZ-Standorts in Sarnen und die Arbeiten für die Planung auf dem Areal Werkhof werden jetzt zielgerichtet weitergeführt», betont Regierungsrat Christoph Amstad. Das gemeinsame Projekt ist damit abgeschlossen.

RÜCKFRAGEN

Karin Kayser-Frutschi, Justiz- und Sicherheitsdirektorin Nidwalden,
Telefon +41 41 618 45 84,
Christoph Amstad, Vorsteher Sicherheits- und Sozialdepartement Obwalden,
Telefon +41 41 666 62 19,
beide erreichbar am Donnerstag, 18. Dezember, von 10.15 bis 11.15 Uhr.

Stans/Sarnen, 18. Dezember 2025